



Fraktion und Gruppe im Rat der Stadt Oldenburg

Oldenburg, 25.10.2019

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Die Linke / Piratenpartei zum Antrag der Gruppe Die Linke / Piratenpartei „Resolution: Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in Oldenburg - Gegen Antisemitismus in unserer Stadt Oldenburg“ vom 14.10.2019 für den VA TOP 9.4 und die Ratssitzung TOP 10.3 am 28.10.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Krogmann,

die SPD-Fraktion und die Gruppe Die Linke / Piratenpartei stellt zum Tagesordnungspunkt

„Resolution: Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in Oldenburg - Gegen Antisemitismus in unserer Stadt Oldenburg“ 9.4 im VA und 10.3 im Rat zum Antrag der Gruppe Die Linke / Piratenpartei

nachstehenden Änderungsantrag.

Begründung

Die SPD-Fraktion und die Gruppe Die Linke / Piratenpartei haben vereinbart, den Antrag zur Resolution gemeinsam einzubringen. Darüber hinaus wurde der bisher vorliegende Resolutionstext um den Absatz zwei ergänzt.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oldenburg beschließt die nachstehende Resolution:

Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in Oldenburg - Gegen Antisemitismus in unserer Stadt Oldenburg“

Der Rat der Stadt Oldenburg erklärt seine Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in Oldenburg. Der Rat wendet sich gegen jede Form von Antijudaismus und Antisemitismus. Wir sehen die jüdische Gemeinde als integralen Bestandteil der städtischen Gemeinschaft in Oldenburg; sie gehört zu uns. Wer sich gegen Jüdinnen und Juden in Oldenburg wendet, wendet sich gegen uns alle und hat unseren entschiedenen

Widerspruch zu erwarten. Der schlimme terroristische Anschlag von Halle zeigt die Notwendigkeit, die Sicherheit der jüdischen Gemeinde bestmöglich zu garantieren.

Nach wie vor ist die Anzahl von Straftaten mit antisemitischem Hintergrund hoch und in unserer Gesellschaft werden antisemitische und andere rechtsextreme Parolen lauter. Die Zahl von Ermittlungsverfahren aufgrund antisemitischer Straftaten in Niedersachsen war in den Jahren 2017 zu 2018 mit 76 und 63 Verfahren nahezu konstant; im ersten Quartal 2019 liegt die Zahl bereits bei 80 Verfahren und damit über der der beiden Vorjahre. Dies sind für uns Warnzeichen im Hinblick auf eine gefährliche gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Hass und Hetze führen zu einer Verrohung des gesellschaftlichen Klimas. Aus Worten folgen Taten. Erst werden sie denkbar, dann sagbar und dann machbar. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Rat die Einsetzung eines Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens durch die niedersächsische Landesregierung.

Oldenburg hat besonderen Grund, wachsam zu sein gegen Antisemitismus, auch vor dem Hintergrund unserer eigenen Stadtgeschichte. Nach dem 1. Weltkrieg wurde der Antisemitismus auch in Oldenburg immer gesellschaftsfähiger und immer offener praktiziert. So wurde zu öffentlichen Veranstaltungen in dieser Stadt mit dem Hinweis eingeladen: „Juden haben keinen Zutritt.“ - wohlgemerkt bevor die Nazis in Oldenburg und im Reich regierten. Mitte 1932 bekamen die Nazis bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit in Oldenburg. Der demokratische Oberbürgermeister Görlitz wurde abgesetzt - eine Schande für unsere Stadt. In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurde die Synagoge an der Peterstraße zerstört. Die männliche jüdische Bevölkerung wurde durch die Stadt getrieben und ins KZ Sachsenhausen abtransportiert, unter anderem der Rabbiner Leo Trepp, der trotz des ihm angetanen Leides nach dem Ende des Nazi-Regimes immer wieder nach Deutschland und Oldenburg kam und zu dessen Ehrung der Rat der Stadt Oldenburg im Februar 2013 die Leo-Trepp-Straße benannt hat.

Es ist ein großes Geschenk, dass 1992 die jüdische Gemeinde in Oldenburg wieder gegründet wurde. Nach der Prägung durch Landesrabbiner Brandt gab es in Oldenburg mit Bea Wyler die nach der Shoa deutschlandweit erste Rabbinerin. Heute gibt die Rabbinerin Alina Treiger der jüdischen Gemeinde ein der Stadt offen zugewandtes Gesicht. In der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Oldenburg arbeiten Menschen aus der jüdischen Gemeinde mit Menschen aus den christlichen Kirchen zusammen und fördern den Dialog.

Der Rat der Stadt Oldenburg drückt seine Freude darüber aus, dass es in Oldenburg heute wieder ein aktives jüdisches Leben gibt. Wir sagen Ja zu einem guten Miteinander und geben unserer Entschlossenheit Ausdruck, dass es in Oldenburg nie wieder eine Chance für Antisemitismus sowie andere menschenfeindliche Ideologien geben darf. Der Rat der Stadt Oldenburg sagt Ja zu einem Oldenburg, zu dem jüdisches Leben genauso gehört wie christliches, muslimisches, weltanschaulich anders orientiertes oder freidenkerisches Leben.

gez. Ulf Prange
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

gez. i.A.: Jonas Christopher Höpken
für die Gruppe
Die Linke / Piratenpartei